

Laibacher Zeitung.

Nr. 288.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 14. December

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsbempel jedesm. 30 ft.

1867.

Amtlicher Theil.

Aus Anlaß der neuen Organisirung der Finanzprocuraturen haben Se. k. k. Apostolische Majestät mit Allerhöchster Entschließung vom 30. November 1867 allergnädigst zu ernennen geruht:

zu Hofrathen und Procuratoren:

den Finanzprocurator, Ministerialrath Dr. Hermann Ritter v. Gödel für Wien und den Finanzprocurator und Hofrath Joseph Schabenbeck für Lemberg;

zu Oberfinanzrathen und Procuratoren:

die Oberfinanzräthe und Procuratoren: Dr. Friedrich v. Haumeder für Brünn; Dr. Joseph Regnard für Triest; Dr. Friedrich Haan für Zara; Dr. Jakob Zeball für Graz; dann die Finanzräthe Dr. Johann Wiesinger für Linz; Dr. Albin Hammer für Czernowitz; Dr. Lucas Rujnar für Klagenfurt; Dr. Friedrich Kaltenegger Ritter v. Niederhorst für Laibach; und Dr. Anton Gröber für Innsbruck;

zu Oberfinanzrathen bei den Procuraturen:

den Hofrath Dr. Joseph Ritter v. Hauschka für Wien; den Oberfinanzrath und bisherigen Procurator in Krakau Dr. Ignaz Semkowicz für Lemberg; den Oberfinanzrath und bisherigen Procurator in Siebenbürgen Dr. Andreas Pawlik für Prag; und den Finanzrath Dr. Karl Postl für Wien.

Zugleich haben Se. k. k. Apostolische Majestät geruht, dem Finanzrath der böhmischen Finanzprocuratur, Dr. Joseph Krobshofer, taxfrei den Titel und Charakter eines Oberfinanzrathes und dem Oberfinanzrath der österreichischen Finanzprocuratur, Dr. Franz Kalleffa, bei dessen Versetzung in den bleibenden Ruhestand, taxfrei den Titel eines Hofrathes allergnädigst zu verleihen.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem Tribunalarthe in Pension Franz Freiherrn Bresciani die k. k. Kämmererwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 7. December d. J. den Oberlandesgerichtsrath beim Czernowitzer Landesgerichte Joseph Spendling als Oberlandesgerichtsrath zum Oberlandesgerichte in Lemberg zu übersetzen und die hiedurch erledigte Oberlandesgerichtsrathsstelle beim Landesgerichte in Czernowitz dem Lemberger Oberlandesgerichtsrath Dr. Demeter Bendella allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 7. December d. J. die bei dem böhmischen Oberlandesgerichte erledigten Rathsstellen den Prager Landesgerichtsrathen Gustav Adolf Körber, Dr. Joseph Ritter v. Helm und Mathias Sawelka allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Resolution vom 26. November d. J. die Transferrung des k. k. Consuls Karl Dragoritsch von Trapezunt nach Rußschuck und seine Ersetzung auf dem Posten in Trapezunt durch den k. k. Consul Georg von Martyrt allergnädigst zu beschließen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 13. December.

Das eben erschienene italienische Grünbuch gibt eine sehr anschauliche Skizze der römischen Frage in ihrer Entwicklung. Es beginnt mit einer Depesche Visconti Venosta's an Nigra vom 20. December 1866, welche den Stand der zwischen Rom und Florenz gepflogenen Verhandlungen und das Resultat darlegt, welches möglich ist vorauszu sehen. Die Depesche weist auf den Weg hin, der zu verfolgen ist, um zu einem Uebereinstimmen zu gelangen.

Moustier erklärte Nigra unterm 21. December 1866, daß, wenn der Papst in Folge eines Aufstandes oder einer Invasion genöthigt werden sollte, Rom zu verlassen, Frankreich gezwungen wäre, zu interveniren. Er versprach aber keinen Entschluß zu fassen, ohne vorher mit Italien sich zu verständigen.

Eine Depesche Rattazzi's vom 30. September 1867 befiehlt Nigra, sich nach Biarritz zu begeben, um den

Kaiser in Kenntniß zu setzen, daß Italien vielleicht genöthigt werden könnte, in Rom zu interveniren, um die öffentliche Ordnung zu retten und die Institutionen Italiens zu beschützen. Der Kaiser antwortete, daß für die Eventualität einer republicanischen Revolution in Rom die Haltung beider Regierungen von den Umständen und von dem auf die öffentliche Meinung gemachten Einbruche geregelt werden wird. Die kaiserliche Regierung werde nicht früher handeln, bevor sie es nicht versucht habe, sich mit der Regierung des Königs zu verständigen.

Rattazzi schreibt unterm 13. October, daß es ohne italienische Occupation des päpstlichen Gebietes unmöglich sei, aus den Verlegenheiten herauszukommen.

Eine Depesche Nigra's vom 15. October schlägt die Idee eines Congresses vor.

Die Antwort Rattazzi's ist dem Congress nicht günstig, von welchem er kein günstiges Resultat erwartet. Er fügt hinzu, daß, wenn man von der Unabhängigkeit des Papstes sprechen würde, es sich, wohlverstanden, um die geistliche Unabhängigkeit handle. Rattazzi schließt mit der Erklärung, daß angesichts des Abganges der Flotte von Toulon die italienische Armee auf Rom marschiren werde.

Nigra telegraphirt hierauf, daß Rouher eine beiderseitige Intervention verabredet zu sehen wünschen würde, daß er aber nicht die Initiative zu einem solchen Vorschlage ergreifen werde.

Eine andere Depesche Nigra's sagt, das entscheidende Argument für die Intervention war die Nothwendigkeit Frankreichs, seine Unterschrift achten zu machen.

Ander Depeschen constatiren, daß Frankreich eine italienische Intervention nicht zulasse.

Eine Depesche des italienischen Gesandten in Berlin sagt, Graf Bismarck habe die größte Vorsicht empfohlen, um größere Verwicklungen zu vermeiden.

Nigra schreibt unterm 2. November, daß Befehle gegeben wurden, damit die Franzosen einen Zusammenstoß mit italienischen Truppen vermeiden.

Eine Depesche Moustier's vom 27. November gibt der Befriedigung über den Beitritt Italiens zur Conferenz Ausdruck und sagt, Italien werde darin eine gleiche Stellung wie die anderen Mächte einnehmen. Der Papst habe diese Situation angenommen. Keine Macht werde im vorhinein auf seine Rechte verzichten

Feuilleton.

Theater.

„Esmeralda“, große Oper in fünf Acten, Text und Musik von Friedrich Müller.

Am 10. d. M. wurde diese Oper zum ersten male unter Leitung des Componisten zu dessen Benefice hier aufgeführt und war von einem höchst ehrenvollen Erfolge begleitet; sie ist das Erstlingswerk in dieser Art eines sehr talentvollen, strebsamen, jungen Mannes, dessen Fähigkeiten, nach dieser Arbeit zu urtheilen, noch zu schönen Hoffnungen berechtigen. Das Sujet der Oper ist einem Roman Victor Hugo's entnommen, und Herr Müller war in der Wahl und Bearbeitung desselben recht glücklich, da sich viele zur Composition anregende Momente in demselben darbieten, die der Dichter und Componist auch zu benutzen verstand. Die Handlung ist dieselbe, wie in dem bekannten Schauspiel „Der Glöckner von Notre-Dame“, welches ebenfalls dem gedachten Romane nachgebildet ist; auch die scenische Folge ist ungefähr die gleiche, wie in dem Schauspiel, daher wir es für nicht notwendig erachten, die Handlung in ihren einzelnen Momenten hier wiederzugeben, sondern uns gleich dem musikalischen Theile der Oper zuwenden. Nach einer effectvollen Overture im modernen Geschmacke folgt Nr. 1: „Chor religiöse“, sehr ernst und würdevoll gehalten, der hinter der Scene mit Orgelbegleitung abgesehen wird; hieran schließt sich Nr. 2: Recitativ und Arie der Gubule, welche ihrem Schmerze über ihr verlorenes Kind Esmeralda beredten Ausdruck gibt. Nr. 3: Recitativ mit einem kleinen melodischen Zwischensatz des Frello, dramatisch und effectvoll. Nr. 4: Ein rauschender, feurriger Chor der Studenten, Bürger und Bürgerinnen, dem ein Maskenaufzug folgt, dessen Musik sehr ansprechend gehalten ist, woran sich wieder der lärmende Chor schließt, bis er durch das Auftreten der Wache unterbrochen wird, deren Führer den zum Narrenkönige angerufenen Quasimodo, der sich der Wache, die zur

Ruhe mahnt, widersetzt, an den Schandpfahl binden läßt. Hier tritt wieder der Chor ein, der sich über die Störung ihres Festes entrüstet ausspricht; die Chöre sind insgesammt sehr feurig und wirksam, der Schluß dieser Scene auch mit einem contrapunctischen Anlauf. Nr. 5: Entrée-Arie der Esmeralda, recht hübsch und geschmackvoll. Nr. 6: Finale des ersten Actes, in welchem alle bis nun aufgetretenen Personen und der Chor beschäftigt sind; es ist von sehr schöner Wirkung und dramatischer Färbung. Der zweite Act beginnt mit Recitativ und Arie des Frello, die sich durch interessante Modulationen und Leidenschaftlichkeit bemerkbar macht; die folgende Nummer 8, Recitativ und Arie der Esmeralda, wird durch ein sehr hübsches Vorspiel eingeleitet; das Recitativ ist hochdramatisch, so wie die Arie selbst, und das Vorbild, welches der Componist sich hier genommen, heißt Weber. Nr. 9: Terzett zwischen Esmeralda, Phoebus und Frello beschließt sehr wirksam den zweiten Act, welcher viele Schönheiten enthält. Nr. 10: Introduction des Orchesters zum dritten Acte ist sehr hübsch, ebenso Nr. 11: Recitativ mit ariosen Zwischenfällen der Esmeralda. Nr. 12: ein kleines Recitativ des Frello, dem Nr. 13: Duett, die Hauptnummer dieses Actes, folgt. Das Duett zwischen Esmeralda und Frello ist sehr geschickt angelegt und durchgehend hochdramatisch, bis zum Schluß von steigender Wirkung. Nr. 14 ist ein Trauermarsch von prägnantem Ausdruck, unter dessen Klängen die zum Tode verurtheilte Esmeralda zum Richtplatze geführt wird; Nr. 15 Finale, in welchem wieder alle handelnden Personen und Chor Theil nehmen, ist sehr effectvoll componirt. Nr. 16: Recitativ und Arie des Frello, sehr charakteristisch und melodisch, die folgende Nummer 17: ein Duett zwischen Gubule und Frello, ebenfalls recht hübsch; Nr. 18: eine melodienreiche Arie des Phoebus; Nr. 19: Chor der Zigeuner, dem sich das Finale des vierten Actes: Nr. 21 (Nr. 20 ist ein Ballet, welches weggelassen wurde) anschließt, welches sehr wirkungsvoll, aber von zu großer Länge ist. Nr. 22: Recitativ des Frello, Nr. 23: Scene mit Esmeralda, beide Nummern sehr drama-

tisch gehalten, und nun die letzte Nummer der Oper, ein pompöses Finale, welches das ganze Werk würdig beschließt. Wollen wir nun den Werth der Oper in musikalischer Beziehung einer Prüfung unterziehen, so finden wir, daß es ein ganz respectables Werk der Neuzeit ist, welches zwar keinen entschiedenen Charakter bezüglich der Schule an sich trägt, aber deshalb nicht ohne Bedeutung dasteht; wir finden richtige Declamation, Wahrheit und Tiefe des Ausdruckes, eine richtige Schilderung der Leidenschaft, consequente Charakteristik der vor kommenden Personen, also Haupteigenschaften der dramatischen Musik. Die Führung der Harmonie zeigt durchgängig den in der Sache völlig fertigen Meister, nur scheint es, daß derselbe sich hier und da vom Zeitgeschmacke zum Gebrauche sogenannter pikanter Wendungen habe bestimmen lassen, was aber ebenso verzeihlich ist, als die gewiß nicht geistlichen Reminiscenzen. Zu der Instrumentation sehen wir große Gewandtheit und Effectkenntniß des Componisten, die aber in der Ausführung eine ebenso große Präcision als Discretion des Orchesters verlangt. Die Aufführung selbst war eine sehr gute, und das zahlreiche versammelte Publicum, welches dem Gange der Oper sichtbares Interesse zuwendete, spendete reichlichen und verdienten Beifall. Fr. Moriska (Esmeralda) Fr. Scala-Borzaga (Gubule), sowie die Herren Ander (Phoebus) und Podhorsky als Claude Frello, für welche letzteren die Partie wie geschaffen scheint, führten mit Lust und Liebe ihre wahrlich nicht leichten Aufgaben durch und ernteten Applaus und Hervorruf; ebenso der Componist, dem die Palme des Abends gebührt. Chor und Orchester hielten sich tapfer, die Scenerie ließ manches zu wünschen übrig. Noch möchten wir Herrn Müller aufmerksam machen, daß bei einer Wiederholung der Oper, auf die wir uns recht freuen, einige Kürzungen von Vortheil wären. Und so schließen wir denn unsern Bericht über dieses jedenfalls beachtenswerthe Werk mit dem Wunsche, daß es auf seiner Wanderung durch die Welt überall mit gleicher Freundlichkeit als das Product eines talentvollen Kunstjägers aufgenommen und gewürdigt werde, wie bei uns.

müssen. Die Depesche ladet Italien ein, sein Programm zu formuliren. Sie spricht die Hoffnung aus, daß die Weisheit Italiens jeden Grund zu einer Mißbilligung zwischen den beiden Ländern zerstören werde.

Eine Depesche Menabrea's an Nigra vom 3. December erinnert an die Depesche Moustier's vom 27sten November und dankt der kaiserlichen Regierung für das Wohlwollen, welches sie jüngst gegen Italien ausgedrückt habe, sowie für die zum größten Theil befriedigenden Antworten auf die Fragen, welche die italienische Regierung, bevor sie der Conferenz beigetreten, gestellt hat; sie nimmt Act von der Erklärung Frankreichs, daß es nicht feindselig sei gegen die Einheit und Unabhängigkeit Italiens.

Menabrea kündigt an, daß er der Einladung Frankreichs gemäß weiter die Grundzüge bekannt geben werde, welche die italienische Regierung geeignet hält, eine befriedigende Lösung der römischen Frage herbeizuführen.

Die Depesche schließt: Italien werde unter diesen Verhältnissen einzig das Heil Italiens, die Achtung vor der Religion und den Frieden Europa's zu Rathe ziehen.

61. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 11. December.

(Schluß.)

Abg. Skene: Se. Excellenz der Herr Reichskanzler hat mich gestern der Journalistik zur Züchtigung übergeben (Heiterkeit); menschenfreundlicher wäre es jedenfalls gewesen, wenn er mich beruhigt und den wahren Sachverhalt in dieser so wichtigen Angelegenheit auseinandergesetzt hätte. Redner wendet sich sodann gegen den Abgeordneten Herbst und wirft demselben vor, daß er sowohl den Minoritätsbericht als auch seine gestrigen Ausführungen nicht genau citirt habe. Sodann geht derselbe auf eine Rechtfertigung des Minoritätsstandpunktes über.

Abg. Schnitzer: Nach dem, was wir bei dem Eintritte in dieses Haus im Frühjahr als vollendet vorfanden, was sich uns im Delegationsgesetze und in dieser Vorlage immer wieder vor Augen geführt hat, habe ich mir die Erwägung vorgelegt, ob es patriotischer sei, an allen diesen Dingen theilzunehmen, oder unsere Bündel zu schnüren und nach Hause zu gehen. Diese Erwägung führte mich zur Anschauung, es sei dem Lande besser gedient, wenn wir alles das, was uns vorliegt, so viel als möglich amendiren.

Abg. Graf Dürkheim erklärt, er sei dem Minoritätsvotum beigetreten, um dem Bedürfnisse nach Klarheit das Wort zu sprechen, und bittet dringendst, diesen Standpunkt kräftigst zu unterstützen, wenn im Verlaufe der Spec'aldebatte die entsprechenden Anträge dafür gestellt werden sollten.

Abg. Schindler wendet sich mit einem Blick auf die Lage des Reiches. Das große dualistische Unglück in Oesterreich ist geschehen, der große Irrthum hat vor den Stufen des Thrones gesiegt, Oesterreich hat seine Staatsidee aufgegeben.

Schindler wendet sich zunächst gegen den Vorwurf, daß bei dem eventuellen Staatsbankrott Ungarn seinen Credit jungfräulich erhält, und nur auf unserer Reichsseite der Credit einen Schaden erleiden würde. Er glaubt, diese Anschauung vollständig widerlegen zu können. Wenn jener Umstand eintreten sollte, daß das Reich — und ich kann bei der Staatschuld immer nur das Reich mir gegenüber sehen — den Forderungen seiner Staatsgläubiger nicht gerecht wird, so muß man die Ursache dieser Zustände auf die Sanctionirung des Siebenundsechziger-Elaborats und des betreffenden Gesetzartikels reduciren. Jede Staatschuld in Oesterreich wurde unfehlbar im Namen des Reiches und für das Reich contrahirt, Abmachungen zwischen Schuldnern können unter keiner Bedingung Verbindlichkeiten den Gläubigern gegenüber ändern.

Würde der Gläubiger in seinen Bezügen aus dem Titel seiner Schulden verkürzt, so würde eine solche Abmachung durchaus keine Gültigkeit haben. Würde aber eine solche Abmachung dennoch getroffen und der Gläubiger durch das Hinzutreten von Umständen in den Bezügen aus dem Titel seiner Schuldverschreibungen wirklich verkürzt werden, wenn in Folge solcher Abmachungen der Staat in Erfüllung seiner Verbindlichkeiten zurückblieb oder zurückbleiben mußte, dann ist in erster Linie der Bankrott angefangen worden von Denjenigen, die diesen Rechtszustand geseklich, und zwar einseitig geschaffen haben. (Zustimmung.)

Schindler sucht nun die Argumente mehrerer Vorredner zu widerlegen und sagt dann: So wäre ich am Schlusse meiner kurzen Ausführung angelangt, wenn mir nicht plötzlich zur Hemmung ein fashionables Fuhrwerk in den Weg führe, an seiner Deichsel laufen das Handpferd und der Sattelgaul, der gewohnte schlecht Zieher, und der gewohnte gute Zieher. Ihre Flanken glänzen wohlgenährt vom reichlichen Freiheitshafers und ihr edles Blut ist allarmirt von der Freiheitspeitsche, die über ihren Ohren knallt. (Heiterkeit.) Fürwahr, das ist ein schönes und der Sache, die es betrifft, vollständig würdiges Bild, besonders die Freiheitspeitsche. (Heiterkeit.) Es ist schade, daß sie nicht vor wenigen Monaten erkunden worden ist, wir hätten sie nach Paris auf die Ausstellung geschickt. (Vermehrte Heiterkeit.)

Ich bin überzeugt, daß in den Tuilerien, wo, wie die letzten Kammerverhandlungen gezeigt haben, man gewisse Paradoxen liebt und sehr gerne die Freiheit ohne Gleichheit protegirt, man für diese Freiheitspeitsche gewiß auch einen eigenen Preis zu erfinden bestrebt gewesen wäre.

Ich bin kein Sportsman (Heiterkeit), ich habe in meinem Hause keinen Hafer, aber auch keine Peitsche; ich habe mein bürgerliches Brod, und meine Freunde und ich, wenn unsere Kraft in diesem Kampfe erlahmen sollte, und das kommt hin und wieder vor, ermuntern uns durch unseren Patriotismus, unser Pflichtgefühl und unsere Ehre. (Lebhafte Beifall.)

Also weder der Hafer noch die Peitsche hemmen unseren klaren Blick; wir sind so wachsam für die Interessen, die uns anvertraut sind, als die Erwählten anderer Kreise für ihre Interessen es sind, und wenn man sich auch bemüht hat, uns die dualistischen Brillen aufzustecken, so werden wir doch immer nur das ganze Reich durch dieselben erblicken und klar sehen, was wir von der Regierung und ihren Schritten zu halten haben. (Zustimmung.)

Den Hafer lehnen wir daher dankbar ab, und wenn Jemand mit der Peitsche sich in unsere Politik mischen wollte, und wäre sie noch so schön montirt, er würde erleben, daß wir sie einfach zerbrechen. (Beifall.)

Leiter des Finanzministeriums Minister Freiherr v. Becke: Hohes Haus! Ich bin nicht Reichsfinanzminister, sondern ein Minister, betraut mit der Leitung der Finanzen für die Uebergangsperiode; diese Uebergangsperiode wird ein Ende nehmen, wenn die Bestimmungen des § 27 Artikel 12 der ungarischen Verfassung diesseits der Veitha auch in Beziehung auf das Finanzministerium durch die Sanction des Gesetzes über die Behandlung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten ihren Vollzug finden werden. In Bezug auf die Ausgleichsverhandlungen wurde aber diese unbestimmte Qualität, in welcher ich bisher fungirte, dadurch behoben, daß Se. Majestät mit a. h. Handschreiben mich und Se. Excellenz den Grafen Taaffe als Regierungsvertreter der diesseitigen Reichshälfte bestimmt hat, wir haben beide in dieser Eigenschaft bei der Ausgleichsdeputation gewirkt, und ich glaube mit bestem Wissen und Gewissen jeden Vorwurf, der uns über die Art und Weise, wie die Interessen und Rechte dieser Länder von Seite der beteiligten Minister vertreten wurden, und der in der gestrigen Sitzung einen sehr scharfen und, wie ich glaube, unverdienten Ausdruck fand, auf das bestimmteste zurückweisen zu müssen. Die Art und Weise, wie die beiden Minister in Bezug auf die Ausgleichsverhandlungen in den Ausgleichsdeputationen fungirten, sind in Analogie mit dem betreffenden ungarischen Gesetze bestimmt worden, und zwar, wie wohl bekannt ist, waren diese Functionen verschieden, je nach den Verhandlungen über die Quote, nach den Verhandlungen über die Staatschuld und nach den Verhandlungen über das Zoll- und Handelsbündniß. Eigentlich war es die Reichsrathsdeputation, welche das pactum foederis abschloß oder wenigstens bis zum Abschlusse vorbereitete, so daß das Ministerium eine secundäre Stellung dabei einnahm. Dies hat auch die Opposition gegen den Ausgleich herausgeführt, indem gestern die hauptsächlichste Wucht der Angriffe nicht gegen das Ministerium oder die dabei beteiligten Minister, welchen mit Ausnahme eines Vorwurfes von Landesverrath sonst weiter nichts zur Last gelegt worden ist (Heiterkeit), sondern gegen die Mitglieder der Reichsrathsdeputation gerichtet war.

Ich erlaube mir bezüglich der Stellung des Ministeriums zu den Verhandlungen der Reichsrathsdeputation einige Bemerkungen zu machen, die auch auf die verschiedenen Ausführungen, die gestern stattfanden, Bezug haben.

Es ist richtig, daß die Reichsrathsdeputation die ihr von der Regierung vorgelegten Ausweise und Befehle in wesentlichen Punkten rectificirte. Es ist ganz richtig, daß ohne diese Rectificationen das Quotenverhältniß noch ein viel schlechteres gewesen wäre, indem sich die ungarische Deputation auf eine Berechnung stützte, wornach sie nur 25 Percent herausbrachte.

Daß aber die Regierung unrichtige Ausweise vorlegte, kam daher, weil es außerordentlich schwierig war, ohne im vorhinein einen richtigen Maßstab für die Vertheilung zu haben, diese Vertheilung gleichsam anticipando zu machen und nachzuweisen, was cisleithanisch, was transleithanisch und was eigentlich gemeinsam sein soll. Vor der diesfälligen vertragsmäßigen Entscheidung blieb der Regierung oder vielmehr dem Rechnungsdepartement gar nichts übrig, als sich strenge an den cassamäßigen Bestand zu halten, und nachdem es in der unionistischen Leitung bei einer Zahlung nicht immer darauf ankam, ob diese von dem einen oder anderen Lande zu leisten, sondern man hiebei nach der Cassa-Opportunität vorgeing, so kamen nothwendiger Weise Irrthümer vor.

Die Erfahrung derjenigen Herren, welche zunächst die Ausweise in die Hände erhielten, hat dann diese Correcturen vorgenommen, und ich glaube, es ist dadurch der Sache ein großer Dienst geschehen.

Noch wichtiger ist aber für den Vorgang — und ich führe das an zum Beweise, mit welcher großen Schwirrigkeiten von der Reichsrathsdeputation gekämpft worden ist — daß eben die Frage der Staatschuld durch die Reichsrathsdeputation zum stehen gebracht wurde. Ur-

sprünglich wollte die ungarische Deputation die Verhandlungen gar nicht aufnehmen, sondern verlangte erst eine Vorlage beider Minister und stützte sich auf § 53 Artikel 12. Aber durch die Insistenz der Reichsrathsdeputation ist es dahin gekommen, daß die Frage überhaupt in Verhandlung gekommen ist.

Was die gestern oft ventilirte Frage betrifft, ob durch den Ausgleich mit Ungarn derjenige Theil der Lasten der Staatschuld, welche Ungarn nicht trägt, auf die diesseitige Hälfte übernommen werde, so kann ich von meinem Standpunkt mich nur den scharfsinnigen Ausführungen des Herrn Professor Herbst anschließen, welcher, wie ich glaube, schlagend bewiesen hat, daß durch den Ausgleich die Uebernahme einer Rechtsverbindlichkeit seitens dieser Länder bezüglich der Staatsgläubiger nicht stattgefunden hat. Ich erlaube mir aber doch zu bemerken, daß man praktisch über die Sache nicht hinauskommt.

Ich hatte vorhin die Ehre, zu bemerken, daß in diesem Jahre noch die Verwaltung auf gemeinschaftliche Rechnung geführt wird. Das Jahr 1867 nimmt aber in 20 Tagen sein Ende, was geschieht nun am 1. Jänner 1868 mit den Coupons? Der Termin zur Auszahlung derselben ist da, das Geld liegt in den Cassen bereit; ich glaube aber, es wird keinen Finanzminister geben, der die Verantwortlichkeit dafür übernehmen kann, entweder den Coupon nicht zu bezahlen oder den Coupon zu bezahlen, ohne daß eine gesetzliche Autorisation nach einer oder andern Seite vorliegt. (Rufe: Sehr richtig!) Nun habe ich auch in dieser Beziehung die Vorbereitung getroffen, und ich werde in der allernächsten Zeit (Rufe: Hört!) mit Ermächtigung Sr. Majestät ein Gesetz vorlegen, in welchem ich die Bitte stelle, daß das hohe Haus bis zur Beschlußnahme über die Budgetbehandlung die Regierung ermächtige, einstweilen die Auslage so berichtigen zu dürfen, wie sie nach dem Budget quotaliter zu geschehen hat. (Bewegung.)

Ich hoffe, der hohe Reichsrath werde diese Bewilligung ertheilen, weil ich sonst durchaus nicht absehe, wie der laufende Dienst nicht nur, sondern wie die Staatsmaschine im allgemeinen im Gange erhalten werden könnte.

Wenn dieses Proviso getroffen ist, was wird weiters geschehen? Ich setze die Annahme des Ausgleichs, die Annahme aller Verfassungsänderungen und Vollziehung des ganzen staatlichen Aufbaues voraus, und daß das alles noch vor dem ersten Jänner geschehe, der mir eben wegen der Couponzahlung der terminus fatalis ist. Es wird das Reichsministerium und das cisleithanische Ministerium organisiert werden müssen, es wird in Bezug auf die Personen und in Bezug auf die Departements die Trennung stattfinden; man wird neue Bücher und neue Rechnungen für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten, ebenso für die diesseitigen Angelegenheiten anlegen, man wird ferner über die Cassareste der Centralcassa verfügen und entscheiden müssen, was davon gemeinschaftlich ist, was dem Einen und was dem Andern gehört; man wird mit Ungarn die Rechnung abschließen, Soll und Haben feststellen, die Bilanz ziehen, um zu constatiren, was Ungarn nach dem Conto Corrent noch hinauszahlen, was es allenfalls noch zu fordern hat, und es wird die Activirung der Liquidirungscommission für die Reichsactiva stattfinden müssen — und das alles in der allernächsten Zeit.

Das Nächstfolgende wird sein, daß die Delegationen zusammentreten. Die Delegationen werden die Ziffer der gemeinschaftlichen Angelegenheiten festsetzen, diese Ziffer wird quotaliter vertheilt werden, und dann wird der cisleithanische Finanzminister in der Lage sein, das cisleithanische Budget festzustellen. Er wird dann sagen: Kraft des Beschlusses der Delegation entfällt entsprechend der Quote von 70 Percent so und so viel auf Cisleithanien. Hiezu kommen die übrigen Partien des Budgets, und ich sage heute offen, daß die Regierung den entfallenden Betrag von 115 Millionen für die Staatschuld, der nach dem Ausgleich mit Ungarn entfallen wird, in dieses Budget hineinsetzen wird, und das cisleithanische Budget wird sich ungefähr so stellen (Hört!): 56 Millionen für die pragmatischen Auslagen, 115 Millionen für die Staatschuld und 75 Millionen für Regierungsauslagen der diesseitigen Länder, wobei auch der Münz- und Wechselverlust eingerechnet ist. Das macht 248 Millionen. Die Einnahmen werden 195 Millionen betragen; es würde also ein Deconvert von 53 Millionen von Seite der Regierung in Aussicht genommen werden, wobei ich glaube, daß das h. Haus wahrscheinlich die Ausgabeziffer eher vermindern als vermehren wird. Ich nehme also, wie gesagt, zwischen 53 und 50 Millionen an. Sohin wird ein Antrag auf Bedeckung dieses Deficits gestellt werden; und ich kann schon heute zur Beruhigung sagen (Hört!), daß nicht die ganze Ziffer von 53 Millionen wird in Anspruch genommen werden, weil noch Ressourcen und Reserven aus diesem Jahre erübrigen. Das ist nun der Punkt, worauf alles ankommen wird; was dann der hohe Reichsrath über die Ziffern, die die Regierung vorlegt, bestimmen wird, das wird sich zeigen. Hier ist das Terrain, wo der Herr Abgeordnete Winterstein den jederzeit reisefertigen Finanzminister erwartet; da wird es sich zeigen, ob die Maßregeln, welche vorgeschlagen werden, die Billigung des Hauses verdienen, und ob überhaupt die Regelung des Staatshanshaltes, wozu wir

angefordert sind, durch diese verschiedenen Maßregeln nicht nur angestrebt, sondern auch vollzogen werde. Dieser Weg ist, wie ich mir hier klar mache, nach meiner Meinung der einzig mögliche, wenn wir nicht in den Zustand der Confusion verfallen sollen.

Ich erlaube mir also die dringende Bitte von Seite der Regierung zu stellen, den Weg, wie ihn die Majorität des Ausschusses vorschlägt, und wie ihn die Regierung als einzig möglichen erkennt, auch durch Ihre Beschlüsse anzunehmen und zu sanctioniren.

Es ist im Laufe der Debatte sehr viel über unsere Situation gesprochen worden. Ich erlaube mir, sie ebenfalls zu beleuchten, und zwar von einem ganz praktischen Standpunkte. Es sind ja doch nicht bloß die Stimmen, die hier in diesem hohen Hause gehört wurden, welche gegen den Ausgleich sich sehr heftig geäußert haben, sondern ich glaube, es ist bei finanziellen Dingen doch auch die finanzielle Welt in Frage zu ziehen; und für den Finanzminister liegt die Frage sehr nahe, wie steht denn die eigentliche Finanzwelt, das praktische Leben zum Ausgleich? Nun, meine Herren, es sind bereits 11 Monate, daß die Bedingungen des Ausgleiches im Großen und Ganzen, in den Grundzügen bekannt sind. Als das Siebenundsechziger-Elaborat in die Welt trat, wurde es von der Börse mit Befriedigung begrüßt, und wenn die Börse vielleicht auch zuweilen ihre Launen und Tage hat, wo auf ihre Meinung nicht sehr viel zu zählen ist, in großen und wichtigen Fragen, die sich allmählich abwickeln, stellt sich die Classification, welche der nüchternen Verstand des Geldmannes einem Ereignisse angeheihen läßt, doch im Laufe der Zeit gewiß als eine richtige heraus. Nun hat die Börse sich durch die innere Politik nicht beunruhigen lassen. Hingegen aus Anlaß der Luxemburger Affaire und späterhin der römischen Handelskam die Börse in große Verwirrung. Die innere Politik hat sie ziemlich befriedigt, und nur in denjenigen Phasen, in welchen die Besorgniß herrschte, daß der Ausgleich nicht zu Stande kommen könne, oder daß aus dem Ausgleich Motive geschöpft werden könnten, den Credit zu erschüttern, hat die Börse Sensibilität gezeigt.

Die Börse und die Geldwelt hat es nicht erschüttert, als im Siebenundsechziger-Elaborate stand, es werden die ungarischen Länder nur *ex bono et aequo* zahlen, und als die Bedingungen des Ausgleichs dann wirklich bekannt geworden sind, blieb sie eben unberührt; ja auch das Minoritätsvotum mit der ganzen Legion von Ziffern hat die Börse nicht erschreckt. Vielleicht dachte man, daß die Schiffe blind geladen sind.

Nun bezüglich der Eisenbahnen. Es ist seit Monaten bekannt, daß nach den Bestimmungen des Ausgleichs Subventionen, welche aus dem Titel der Garantie an Eisenbahnen gezahlt werden sollen, von derjenigen Reichshälfte zu übernehmen sind, in deren Territorium die Eisenbahnen liegen. Mir ist nicht das geringste Moment bekannt, welches in dieser Beziehung Beunruhigung in das Eisenbahnpapier bringende Publicum gebracht hätte. Man nimmt dies als selbstverständlich an und die Course sind in die Höhe gegangen. Mir kommen jeden Tag neue Eisenbahnconcessionen vor. Die Concessionswerber wissen, es werde sich die Garantie nicht auf das ganze Reich, sondern nur auf diese Reichshälfte erstrecken. Von einem Erschweriß der Bedingungen ist mir wenigstens nichts bekannt geworden. Diese Haltung der Börse ist auch ganz natürlich und das Raisonnement, welches die Geldwelt anstellt, läßt sich leicht begreifen. Der nüchternen, gutrechnenden Geschäftsmann zieht die Politik im Großen und Ganzen in seine Combination. Es ist der Finanzwelt sehr wohl bekannt, aus welchen Ursachen Oesterreich in seiner Machtstellung erschüttert wurde, daß die edelsten Kräfte beider Reichshälften durch den wechselseitigen Zwist und Streit einander lähmten, und daß die Gefahr und Besorgniß sehr nahe lag, daß bei einer äußeren Kriegsbedrohung die extreme Partei in Ungarn die Oberhand gewinnen und die Existenz der Monarchie in Frage stellen könnte. Diese Gefahr ist durch den Ausgleich entfernt, und auf das rechnete die Börse, sie rechnete darauf, daß durch die Entwicklung der freiheitlichen Institutionen, für welche die Börse immer eine gewisse Vorliebe hat, und durch die Segnungen des inneren Friedens, welche eben dadurch gestärkt werden, weil auch der äußere Friede damit verbunden ist, sich ein auch finanziell besserer Zustand ergeben wird.

Uebrigens handelt es sich nicht nur um die politische Frage; die Geldwelt ist auch mit den materiellen Bedingungen, wenn sie sie auch besser wünschen würde, nicht ganz unzufrieden.

Es liegen mir, fährt der Minister fort, die Ueberichten der Einzahlungsergebnisse sämmtlicher directen und indirecten Steuern von dieser Reichshälfte vom Jänner bis October vor und es ergibt sich aus denselben, daß in der directen Steuer 2,799,000 fl. und in der indirecten Steuer 3,518,000 fl. mehr eingenommen worden sind, als das Präliminare des Jahres 1867 ausweist, und wenn man das heurige Ergebnis mit dem Ergebnisse des Vorjahres vergleicht, so ist bei directen und indirecten Steuern auf eine Mehreinnahme von 21 Millionen bis zum Ende des Jahres zu rechnen.

In dieser Einnahme von directen und indirecten Steuern kommt noch eine Mehreinnahme im Montanwesen, welches für die diesseitigen Länder nur mit 800,000 fl. präliminirt war und heute schon über drei

Millionen Gulden Reinertragniß liefert. Es sind noch einige andere Zufälligkeiten hinzugekommen, so daß ich heute mit Beruhigung sagen kann, daß nicht nur der Coupon für den 1. Jänner gedeckt ist, sondern daß ich auch sonstige, nicht unbeträchtliche Mittel zur Erleichterung des Haushaltes des nächsten Jahres in Reserve habe, und über die Bedeckung des Deficits des künftigen Jahres mit mir im Klaren bin, vorausgesetzt, der hohe Reichsrath werde die nothwendige verfassungsmäßige Zustimmung geben.

Meine Herren! Sie können von mir nicht verlangen, daß ich die Erfolge, welche sie durch die bisherigen Expediente ergeben haben unterschätze, denn ich habe sie mit eigener schwerer Mühe und Sorge erkaufte. Sie werden es auch selbst nicht unterschätzen, daß die momentane Lage keine so außerordentlich erschreckende ist. Jedenfalls hat man Zeit und Muße darüber nachzudenken, wie die weiter im Schoße der Zeiten liegende Gefahr zu bekämpfen sei. Allein ich muß mich feierlich dagegen verwahren, als ob die Art und Weise, wie bisher die Schwierigkeiten überwunden worden sind, mich irgendwie in Illusion lassen würden über den wirklichen Ernst und die eigentliche Lage unserer Finanzen. Wenn, wie ich vorhin bedurte, unter Voraussetzung der angegebenen Einnahmen- und Ausgabenhöhe für das Jahr 1868 ein Deficit von — rund und nüchtern gehalten — 50 Millionen Gulden sich ergeben wird, so braucht man kein berühmter Mathematiker zu sein, um auszurechnen, daß, wenn sich die Einnahmen des Staates nicht vermehren, wenn sich die Ausgaben nicht vermindern und wenn die Geldbeschaffungskosten dieselben bleiben, im Verlaufe von fünf, von zehn oder zwanzig Jahren ein Coloss von angewachsener Staatsschuld sich ergeben wird. Nun ist das gewiß mathematisch richtig, aber praktisch ist es nicht, weil im Staatsleben weder die Einnahmen noch die Ausgaben, noch die Geldbeschaffungskosten constante Größen bilden.

Ein Deficit von 50 Millionen ist ein schwerer Stand, umsomehr, als bei diesem Deficit nur die currenten Einnahmen mit den currenten Ausgaben gerechnet worden sind, ohne Rücksichtnahme auf die außerordentlichen Ereignisse und auf productive Anlagen. Indeß das Uebel existirt und über die Größe desselben herrscht, glaube ich, vollkommene Einstimmigkeit, die Diagnose ist festgestellt. Fragt man, wie eine Besserung möglich sei, so kann man im allgemeinen wohl sagen: Wenn die Ursachen aufhören, welche diese Miswirthschaft herbeigeführt haben, dann ist noch eine Rettung möglich; wenn sich aber die schlechten Nachwirkungen aller Uebelstände, welche unsere finanzielle Lage verursacht haben, nicht bald mit demjenigen compensiren, was aus einer künftigen, besseren Ordnung Gutes resultiren soll, dann ist es vielleicht, trotzdem wir vorwärts gehen, zu spät, und es kommt alles darauf an, die Nachhaltigkeit der beiderseitigen Einwirkungen gegeneinander abzuwägen.

Deshalb ist es auch sehr schwer — und ich wenigstens verdenke niemandem die Regierung — mit Bestimmtheit zu sagen, ob noch eine Rettung durchzuführen möglich sei. Es kommt eben darauf an, wie man die einzelnen Factoren des Volkslebens gegeneinander abschätzt, welchen Werth man auf die geistige Entwicklung und Kraft legt, die in den österreichischen Völkern liegt, und wie viel davon durch die Folgen der bisherigen Zustände unterdrückt wird. Ich gebe daher gerne zu, daß sich eine pessimistische Ansicht sehr gut mit patriotischer Gesinnung vereinigen läßt, aber ich vindicire auch denjenigen dieses Recht, welche die Hoffnung nicht aufgeben. Man ist deswegen noch nicht sanguinisch, wenn man an Oesterreich nicht verzweifelt. Wenn Sie mich fragen, welche Maßregeln die Regierung zu ergreifen gedenke, so habe ich die Ehre darauf zu erwidern, daß von der Regierung der Grundsatz festgehalten werden wird, daß dasjenige, was immer geschehe, den Staatsbankrott nicht bedeuten darf. (Rufe links: Lauter! Wir haben es nicht verstanden!) Keine Maßregel, welche vorgeschlagen werden wird, darf den Staatsbankrott bedeuten.

Die Finanzverwaltung hat, soweit es möglich ist, bisher vorgesorgt, um das Schiff über dem Wasser zu erhalten, und ich glaube, es ist bisher gelungen. Was aber den großen Finanzplan betrifft, so erkläre ich, daß ich mehrere hundert Finanzpläne in Händen hatte, daß ich aus vielen Manches gelernt habe, daß ich aber für solche Uebelstände, wie sie hier bestehen, ein Universal-specificum, ein Remedium nicht kenne. Es ist für eine einzelne Frage ein bestimmter Plan sehr gut denkbar, eine solche Frage ist die Unificirungsfrage, und ich werde die Ehre haben, bei der Specialdebatte darauf zurückzukommen.

Der Minister betont dann die Nothwendigkeit, zu sparen, vergleicht die finanziellen Zustände Spaniens und Englands mit denen Oesterreichs, setzt in langer Rede die Nothwendigkeit der Werthserhöhung der nationalen Arbeit auseinander, und sagt bezüglich des Letzteren: Wie nachtheilig übrigens jede Schmälerung der Arbeitsthätigkeit national-ökonomisch wirkt, erlaube ich mir aus einem einzigen Beispiele, der Folge der abusiven Feiertage, nachzuweisen.

Es heißt in einem der Deffentlichkeit übergebenen Berichte einer Enquête-Commission, die in Triest gehalten wurde: „Mittheilungen zufolge, die keine Zweifel

erlauben, kommt es in einzelnen Gegenden der inneren Provinzen vor, daß 120 bis 150 Tage als Fest- und Ruhetage betrachtet werden. Dadurch aber gehen, die gebotenen Feiertage abgerechnet, 60 bis 90 Tage verloren, und wenn man nur den Tag mit 25 fr. annimmt, so verliert der Einzelne im Jahre 15 bis 28 fl.“ Wäre der Gebrauch überflüssiger, auf ein gemeinschaftliches Herkommen sich stützender Feiertage ein allgemeiner — und er ist leider ein sehr verbreiteter — so müßte das Land bei einer um Taglohn arbeitenden Bevölkerung von vier Millionen im Jahre um 60 Millionen Gulden weniger erarbeiten, als ein minder der Ruhe pflegendes Land. Bei diesem Calcul ist noch durchaus nicht in Anschlag gebracht worden, daß es in Oesterreich ein großes Königreich gibt, wo eine Bevölkerung von zwei verschiedenen Ritus zusammenwohnt, von denen die Bekenner des einen Ritus ihre Feiertage nach dem gregorianischen, jene des anderen Ritus nach dem julianischen Kalender feiern, welche Feiertage nicht zusammenfallen. Es feiert aber die Bevölkerung des einen Ritus wechselseitig die Feiertage des anderen mit, so daß zuweilen vier bis fünf Tage in der Woche auf Feiertage gerechnet werden können. Ob in dieser Beziehung nichts weiter zu thun ist, überlasse ich der Beurtheilung des h. Hauses.

Der Minister geht auf ein anderes Capitel über, auf das Capitel der Steuerreform.

Der Minister denkt bei der Branntwein- und Zuckersteuer zwar nicht an wirkliche Erhöhung, sondern an eine Art Zurückführung auf den früheren Stand.

Ich bin, sagt der Minister, ein ebenso eifriger Anhänger des Systems der gerechten Vertheilung; in der richtigen Vertheilung allein liegt ein bedeutender Vorthheil. Ich gebe zu, daß wir viele Steuerpflichtige haben, die schwer unter den Lasten seufzen, aber ich glaube, es gehen in Oesterreich sehr Viele herum, die nicht leisten, was im Verhältniß zu ihnen andere leisten, und daß dies gerade diejenigen sind, die am meisten gegen die Reform sind. (Rufe: Sehr gut! Zustimmung.)

Der Minister läßt dann die verschiedenen Steuergattungen Revue passiren und geht zuerst auf die Branntweinsteuer und Zuckersteuer über, für die er die ebengenannte *restitutio in integrum* beansprucht.

Die Regierung hat mit dem ungarischen Ministerium über die Branntweinsteuer-Reform Vereinbarungen getroffen, und es sind die diesfälligen Gesetze vorbereitet. Jedenfalls aber wird die Revision der Bestimmungen so geschieden, daß man auf die dabei engagirten Interessen Rücksicht nehmen wird, also einen angemessenen Zeitraum und eine Uebergangsfrist zum neuen System gewährt.

Bezüglich der Grundsteuer ist eine Revision des Catasters eine drängende, absolute Nothwendigkeit.

In Bezug auf die Gebäudesteuer ist ebenfalls ein Gesetz vorbereitet, welches man nur vorzulegen braucht.

Bezüglich der Erwerbsteuer ist noch immer das Patent vom 31. December 1822 sammt dem Circular vom Jahre 1812 in Wirksamkeit.

Ich habe mir nachweisen lassen, wie viel die Einkommensteuer in der diesseitigen Reichshälfte beträgt, es sind ungefähr 8 Millionen, ohne die Couponsteuer und ohne die Beamten-Einkommensteuer. Von diesen 8 Millionen kommen circa 4 Millionen auf die großen Gesellschaften, also auf jene, die sich der Steuerzahlung gar nicht entziehen können, weil ihre Bücher vorliegen; 4 Millionen kommen in der ganzen Westhälfte auf die Privaten. In England betrug das steuerpflichtige Einkommen im Jahre 1811 170 Millionen Pfund Sterling, und ich glaube nicht, daß Oesterreich nicht mehr steuerpflichtiges Einkommen haben sollte, als 50 Millionen Gulden.

Anbelangend die indirecten Steuern, so will ich mir nur noch erlauben, in Bezug auf die Biersteuer einige Worte zu erwähnen. Diese Steuer ist nicht diejenige, welche nach ihren bisherigen Resultaten für das Finanzministerium unbefriedigend erscheint; im Gegentheil fallen die 15 Millionen, welche die diesseitige Reichshälfte ergibt, sehr bedeutend ins Gewicht. Nichtsdestoweniger ist die Agitation gegen das bisherige System eine so große geworden, daß ich mich verpflichtet gehalten habe, die Haupt- und Cardinalfrage, ob bei der Biersteuer und deren Handhabung wirklich so ausgedehnte Defraudationen vorkommen, möglichst genau zu untersuchen. Dabei bin ich leider zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Sache sich ziemlich so verhält, wie es diejenigen, welche für die Abschaffung der Biersteuer plaidiren, angeben.

Aber das einzige ist für mich noch zweifelhaft geblieben, ob nicht auch bei dem neuen Systeme Defraudationen vorkommen würden, und insolange, bis ich darüber nicht belehrt bin, kann ich für meinen Theil eine endgiltige Entscheidung um so weniger treffen, als es sehr viele Brauer von Provinzen gibt, wo Defraudationen nicht vorkommen, die gerade für die Beibehaltung des gegenwärtigen Systems sprechen. Allein, so viel ist gewiß, daß diese Sachlage der Regierung die ernste Verpflichtung auferlegt, einen Entschluß zu fassen und mit ihren Resultaten so bald als möglich vor die Legislative zu treten.

In Bezug auf die Monopole gestehe ich offen, daß ich ein Freund der Befreiung vom Monopol bin, und

daß ich schon ernsthafte Studien, namentlich in Betreff des Tabakmonopols, in der Richtung gemacht habe, wie der Uebergang zum Systeme der Freigebung der Concurrenz bewirkt werden kann.

Nebst der Steuerreform, die in vielen Beziehungen vorbereitet, in anderen in Aussicht genommen ist, ist auch noch eine Reform der Steuerverwaltung, überhaupt der ganzen Finanzadministration zu erwarten.

Man klagt so viel über Fiscalitäten. Wenn Steuercollegien, zur Hälfte aus Beamten, zur Hälfte aus Männern, welche von den Landtagen gewählt werden, zusammengefaßt, präsidirt durch den Statthalter oder einen Mann des Vertrauens, für jedes Land bestehen und unter denselben wieder Bezirkscollegien in analoger Zusammensetzung fungiren, so werden ebenso gut die fiscalischen Rücksichten gewahrt werden, als die Rücksichten der Billigkeit in Bezug auf die Steuercontribution. Das wird nicht allein die Steuerfähigkeit heben, sondern bei gewissen Steuergattungen, z. B. bei der Einkommen- und Erwerbsteuer ist eine solche Behörde geradezu eine absolute Nothwendigkeit. Mit einem Beamten, der mit 600 bis 700 fl. bezahlt ist, wird man von ansehnlichen Bürgern und reichen Leuten wirklich eine ordentliche Steuerfassung bekommen. Wird aber Jemand vor ein solches Colligium von Pairs seines Landes gerufen und man jagt ihm: Du hast an Eides Statt anzugeben, wie hoch dein Einkommen sich beläuft, so wird es nicht dazu kommen, daß sich die Leute zu falschen Angaben verleiten lassen. (Zustimmung.)

Ein noch weiterer Grund für diese Reformen ist die Erweckung des Gemeinfinns. Je mehr man das Volk daran gewöhnt, sich der Idee zu entschlagen, daß die Steuern nur bloß der Regierung wegen eingehoben werden und nicht für allgemein nothwendige Zwecke (Zustimmung), wenn man den Leuten endlich begreiflich macht, daß die Bevölkerung durch ihre Wähler und die Volksvertreter die Steuern mit bewilligt, daß sie ihre Verwendung überwacht, daß Schritt für Schritt nichts geschieht, was nicht controlirt wird, dann glaube ich, wird sich dieser ungeheueren Haß gegen den Fiskus und die Verwaltung heben.

Hierzu ist auch nothwendig, daß diejenigen gesetzlichen Bestimmungen geändert werden, welche Ueberschreitungen der Finanzgesetze nur als etwas Nebenständliches betrachten.

Ist die Steuer volksthümlich, ist sie bewilligt, so ist eine Steuerdefraudation ebenso gut ein Betrug gegen den Einzelnen. (Bravo! Bravo!) Das sind die Grundsätze, die zur Geltung kommen müssen, dann wird man sehen, wie weit sie helfen.

Ich habe in meinem Exposé im Juli unter den moralischen Hebeln, welche der volkswirtschaftlichen Steuerkraft nützen sollen, auch die Volkserziehung und den Volksunterricht erwähnt. Es ist mir damals die Bemerkung entgegengefallen worden: Ja, diese Früchte werden erst späteren Generationen zukommen. Ich bin nicht ganz dieser Meinung und erlaube mir nur auf die Josephinische Periode hinzuweisen. Kaiser Joseph hat vom Spätherbste 1780 bis zum Jahre 1790, also zehn Jahre regiert. Der Geist seiner Regierung, — ist er bloß von denjenigen eingezogen worden, welche die Schule besuchten, vom 6 bis zum 16. Jahre, oder hat er nicht für die ganze Generation sofort Wurzel gefaßt und ist er nicht weit über den Tod Kaiser Joseph's hinaus in dieses Jahrhundert gedrungen? Ja, durchjittert der Geist des Josephinismus nicht noch heute diese Räume? (Rufe: Sehr gut!)

Wie beim Volksunterricht, so ist es in Bezug auf alle Reformen. Es ist nicht nothwendig, daß wirklich sämtliche Steuerregulirungen und Reformen bis zu den letzten Resultaten durchgeführt werden. Ist einmal ein erster Anfang gemacht, hat man die Grundlagen gelegt, ist der ernste feste Wille, consequent vorzugehen, so zeigen sich die Resultate auch schon nach einigen Jahren.

Ich glaube somit einen zweifachen Beweis geführt zu haben: erstens, daß mit uns noch nicht alles zu Ende ist, zweitens aber, daß es der höchsten Anstrengung bedürfe, eines wahrhaften Zusammenwirkens von Regierung, Volksvertretung und öffentlicher Meinung,

um diese Schwierigkeiten zu überwinden. Die Zukunft wird dann zeigen, ob diejenigen Recht haben, welche heute schon „Non possumus“ sagen. (Bewegung.)

Der Minister erwähnt noch am Schlusse, daß es im Zoll- und Handelsvertrage noch zwei Punkte gibt, in welchen eine Uebereinstimmung zwischen dem ungarischen Ministerium und Reichstag und dem hiesigen Ministerium und respective den Vorschlägen des Ausschusses nicht besteht. Diese Differenzen beziehen sich auf den Artikel 11, wo seitens des Ausschusses die Bestimmung, es habe die fliegende Controle „von Zeit zu Zeit“ zu geschehen, gestrichen wurde, während man von ungarischer Seite dieses „von Zeit zu Zeit“ wieder aufgenommen wünscht, dann ist es die Frage der Revision des Vertrages innerhalb fünf Jahren, an welcher Anstand genommen wird. Formell genommen braucht die diesseitige Regierung sich nicht daran zu binden, weil sie vom hohen Hause nach Inhalt des Gesetzes nur die Ermächtigung erhalten wird, nach Maßgabe dieser Bestimmungen ein Uebereinkommen mit dem jenseitigen Ministerium zu schließen; allein im Interesse der Zeitersparung, nachdem uns nur eine kurze Zeit vom neuen Jahre trennt, wäre doch zu wünschen, wenn diese Frage noch der speciellen Würdigung des Ausschusses unterzogen würde, und ich werde mir erlauben, die diesbezügliche Zuschrift auf den Tisch des Hauses zu legen mit der Bitte, es möge in dieser Frage wo möglich nochmals vom Ausschusse Berathung gepflogen werden, bevor das Zoll- und Handelsbündniß in die Specialbehandlung genommen wird. (Beifall.)

Abg. Korb-Weidenheim macht noch eine persönliche Bemerkung.

Ministerpräsident Reichskanzler Freiherr v. Beust behält sich das Wort für morgen vor, da heute die Zeit schon vorgerückt sei.

Schluß der Sitzung 3 Uhr.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Verhandlung.

Locales.

— (Ein eigenes Verhängniß) scheint heuer über dem Hundegrißlechte zu walten; kaum daß das Thier wegen Beschränkung der Freiheit desselben widerrufen wird, tritt neuerdings die Nothwendigkeit einer solchen Maßregel ein. So wurde gestern wieder ein wuthverdächtiger Hund, nachdem er vorher mehrere Hunde und auch einen Menschen gebissen hatte, zur Beobachtung dem Thierhospital übergeben.

— (Auch ein Curiosum.) Die „Noovice“ bringen in Nr. 50 ihren beneidenswerthen Lesern das „wissenschaftliche Curiosum“, daß der juristische Verein seine letzte Versammlung deshalb vertagt habe, weil die philharmonische Gesellschaft für jenen Abend ein Concert angekündigt hatte. Es kann nun wohl nicht dem mindesten Zweifel unterliegen, daß das Ackerbau- und gewerbetreibende Publicum in jener welterschütternden Noth den ersten Hoffnungsstrahl der so heiß ersehnten Steuerermäßigung in Krain sofort erkennen werde. Ja, wenn den Andeutungen scharfsinniger Kenner der Wünsche und Bedürfnisse „unseres Volkes“ Glauben zu schenken ist, soll jener Vorgang des juristischen Vereins eine schwer zu beschwichtigende Aufregung diesseits und jenseits der Gurt hervorgerufen haben. Oder wollte man mit jener Noth die hohe Regierung darauf aufmerksam machen, daß nun auch in Laibach der bisher glücklicherweise mit so glänzendem Erfolge besetzte Unszug beginne, wornach die Leistung eines Vereines gegen die Mitglieder eines anderen Vereines gewisse Rücksichten der guten Lebensart zu beachten sich anseht und auf solche geradezu unerhörte Art das einträchtige Zusammenwirken mehrerer Vereine zu fördern sich erdreistet? Wie dem auch sein möge, und fällt bei jenem „wissenschaftlichen Curiosum“ ein zweites Ähnliches ein. Wenn wir recht unterrichtet sind, wurden über Anregung jener Patrioten, denen die „Noovice“ vorzugsweise ihre Inspirationen danken, die Landtagsverhandlungen in einer der letzten Sesssionen nur deshalb auf ein paar Tage unterbrochen, damit einige unserer Landesboten in die Lage kamen — einem Festgelage und einer Abendunterhaltung in Ugram beiwohnen zu können. Aber — höre ich rufen — dieser Vergleich hint ja auf beiden Füßen. Ja wohl! es waltet ein kleiner Unter-

schied zwischen diesem und jenem Curiosum ob. Während nämlich die Vertagung der Versammlung des juristischen Vereines ohne allen Einfluß auf die Börse blieb und wahrscheinlich in der ganzen Welt niemanden, als das nur der „Wissenschaft“ schlagende Herz des „Curiositäten-Sammlers“ der „Noovice“ erregte, hat die, wenn auch nur kurze Unterbrechung der Landtagsverhandlungen dem Landesfiskus ein paar hundert Gulden gekostet. Na zdravje! —

Neueste Post.

Wien, 12. December. Wie man aus sicherer Quelle vernimmt, ist der auf die Einführung der Civilrechte bezügliche Gesetzentwurf im ungarischen Justizministerium bereits fertig und zur Vorlage bereit.

Die confessionelle Commission des Herrenhauses hält heute Sitzung. Die Majorität ist im Großen und Ganzen mit den Principien des Abgeordnetenhauses einverstanden, die Minorität versuchte entgegen-gesetzte Ansichten zur Geltung zu bringen.

Aus Gibraltar wird gemeldet, daß die österreichische Fregatte „Novara“ mit dem Reichnam des Kaisers Maximilian, dort täglich erwartet werde.

Eine Correspondenz der „Deb.“ aus Berlin meldet, daß Preußen, Rußland und England gemeinsam von Frankreich die Räumung des Kirchenstaates und die Reactivirung der September-Convention fordern wollen.

Nach dem „Journal de Paris“ soll der englische Botschafter in Paris beauftragt sein, von dem Tuilerien-Cabinet präcise Angaben über die eventuelle Occupation Civitavecchia's durch die französischen Truppen zu verlangen.

München. Die Vertreter der süddeutschen Staaten sollen in der Militärconferenz erklärt haben, daß dieselben fest entschlossen seien, im Falle eines Krieges mit Frankreich auf Preußens Seite zu treten.

Stuttgart. Im Abgeordnetenhaus fand die Debatte über die Gesandtschaften statt. Varnbüler, über die Politik Württembergs sich aussprechend, erklärte sich stark gegen den Eintritt in den Nordbund; dieser Eintritt koste dem Lande jährlich 5 Millionen und bringe die Eisenbahnen und Posten in fremde Hände. Die Regierung habe mit den bisherigen Verträgen ihr Aeußerstes gethan und die nationale Pflicht erfüllt. Nehme die Kammer den Antrag auf Eintritt in den Nordbund an, werde deren Auflösung erfolgen. Die Kammer hat den Gesandtschaftsposten für Florenz verworfen.

Paris. Der „Abend-Moniteur“ beruft sich auf das Vertrauensvotum der gesetzgebenden Versammlung, welches der Diplomatie neue Kraft gebe. Die Regierung wünscht Italien zu versöhnen, und hofft das Beste von der Conferenz, welche nichts von ihrer Opportunität verloren habe.

Telegraphische Wechselcourse

vom 13. December. 5perc. Metalliques 56.75. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 58. — 5perc. National-Anlehen 65.60. — Bankactien 677. — Creditactien 186.10. — 1860er Staatsanlehen 83. Silber 118.50. — London 120.60. — R. t. Ducaten 5.72.

Theater.

Heute Samstag: Zum Vortheile des Schauspielers Karl Art. Die Unglücklichen, oder: Der Million-Erbe. Lustspiel in 1 Act von Louis Schneider. Vergiftet, oder: Ein blutiges Geschäft. Posse in 1 Act von Sedli. Wächterin und Barbier, oder: Die Kunst geliebt zu werden. Operette in 1 Act von Gumpert.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns for date, time, barometer, wind, temperature, and other meteorological data for December 13th.

Börsenbericht.

Wien, 12. December. Die Börse war im allgemeinen fest, obwohl die Papiere nur geringfügige Veränderungen erfuhren. Devisen und Valuten fanden zur gewöhnlichen Notiz mehr Geber als Nehmer. Geld flüchtig.

Large table containing financial data, public debt (Öffentliche Schuld), and exchange rates (Wechsel) for various locations and currencies.